

Wählen reicht nicht – werde aktiv bei der SAV!

6 Millionen Arbeitslose, Sozialabbau, millionenfache Obdachlosigkeit und Armut, Terror von Neonazis – Kohls Rechtsfront gehört abgewählt. Eine Linksfront aus SPD und PDS mit linker Politik wäre die zur Zeit günstigste Alternative zur Kohl-Regierung. Aber sie muß eine radikal andere Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend machen.

Die Unternehmer haben 700 Milliarden DM auf der hohen Kante. Die Banken verdienen sich dumm und dämlich. 85 Milliarden in Deutschland besitzen 249 Milliarden DM. Diese Macht muß gebrochen werden. Das erfordert Kampf. Keine der linken Parteien ist dazu bereit. Wir warnen davor, daß sie die Politik der Kohl-Regierung, sollten sie die Wahl gewinnen, ähnlich fortsetzen.

Wir müssen uns organisieren, unsere Interessen in die eigenen Hände nehmen und Druck auf SPD, PDS und Gewerkschaften machen. Wir wollen keine abgehobenen Funktionäre in den Führungen dieser Organisationen. Sie sollen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn!

Die *Sozialistische Alternative VORAN – SAV* ist eine politische Kampforganisation. Wir wollen weder die Diktatur des Kapitals noch die Diktatur von Staatsbürokraten. Wir kämpfen für eine sozialistische Demokratie, in der die arbeitende Bevölkerung bestimmt, wo es langgeht.

- Schickt mir weitere Informationen über Eure Arbeit und Eure Politik
- Ich will Mitglied der *Sozialistischen Alternative VORAN* werden

Name, Adresse, Telefon

Ausschneiden und schicken an: Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
☎ 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

V.i.S.d.P.
A.Bankert
0203010101

Die Sozialistische Alternative VORAN – SAV fordert:

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ 100% Westlöhne im Osten
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Verteilung der Arbeit auf alle
- ★ Weg mit den Abtreibungsparagrafen 218 und 219
- ★ Erhalt und Finanzierung aller unabhängigen Beratungsstellen
- ★ Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln
- ★ keine Einkommensverluste für Erziehende
- ★ Angebot von kostenloser, qualifizierter Ganztagsbetreuung für alle Kinder bis 14 Jahren (Krippen, Kitas, Kindergärten, Ganztagschulen bzw. Horte)
- ★ Vergewaltigung in der Ehe muß unter Strafe gestellt werden
- ★ flächendeckendes Angebot an selbstverwalteten, staatlich finanzierten Frauenhäusern
- ★ Überführung aller Großkonzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum bei demokratischer ArbeiterInnenverwaltung und -kontrolle
- ★ für eine Wirtschaft und Gesellschaft, die von den Bedürfnissen der Männer, Frauen und Kinder sowie den ökologischen Erfordernissen bestimmt wird und nicht vom Profit der Reichen

Zeigt Kohl die rote Karte

Frauen fordern:

Gleiche Rechte für alle

Deutschland einig Vaterland – ist fest in Männerhand. Frauen sind im drittreichsten Land der Welt immer noch weit davon entfernt, gleichberechtigt zu sein. Schlechtere Arbeitsbedingungen, Gewalt, Entmündigung wie beim 218, sind alltägliche Erfahrungen.

Sozialistische Alternative VORAN – SAV



Frauen fordern: Gleiche Rechte für alle

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit



Nach wie vor verdienen sie durchschnittlich ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen. Nach wie vor arbeiten die meisten Frauen in „typischen“ Frauenberufen, viele in ungeschützten Arbeitsverhältnissen. Und bei 6 Millionen Arbeitslosen wächst der Druck, Frauen als „Arbeitnehmer 2. Klasse“ nach Hause zu schicken. Alle Fortschritte, die in den letzten 30 Jahren erzielt wurden, stehen heute auf dem Spiel. Angesichts der kapitalistischen Dauerkrise will der „Club deutscher Unternehmer“, die CDU und Co., das Rad der Geschichte zurückdrehen.

Einheitsopfer

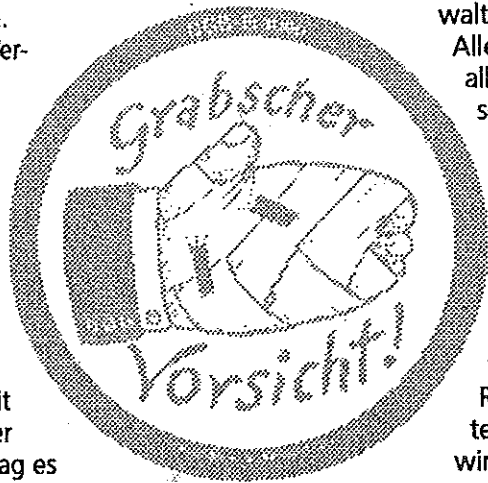


Die Frauen in Ostdeutschland sind die absoluten Verliererinnen der deutschen Einheit. Bis zur kapitalistischen Vereinigung galt in der DDR die Fristenlösung. Das heißt, sie konnten bis zur 12. Schwangerschaftswoche kostenlos und sicher abtreiben.

In Ostdeutschland wurden seit 1989 1,8 Millionen Frauenarbeitsplätze vernichtet; zwei von drei Arbeitslosen sind Frauen.

Auch die flächendeckende Versorgung mit Kintertagesstätten wurde aufgegeben oder die Gebühren derart erhöht, daß sich das kaum noch Frauen leisten können (z.B. 500 DM/Monat in Rostock)

Auf Bundesebene wurde das Recht auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind ab 1996 beschlossen. Derzeit fehlen 600 000 Plätze. Papier ist geduldig. Das „Recht“ mag es



1996 geben, einen Platz für jedes Kind kaum. Schließlich sollen dafür Länder und Gemeinden sorgen, auf die der Bund derzeit immer mehr Kosten abwälzt. Und den Gemeinderäten, egal ob SPD- oder CDU-Mehrheit, fallen dazu nur höhere Kindergartengebühren ein, statt die Unternehmer zu Kasse zu bitten.

218 - kein Anschluß unter dieser Nummer



1993 entschied das Bundesverfassungsgericht – sechs alte Männer (und eine Frau), die wir nicht gewählt haben – über Millionen Frauen. Der Schwangerschaftsabbruch sei grundsätzlich rechtswidrig und eine Zwangsberatung verpflichtend. Außerdem werden die Kosten einer Abtreibung in der Regel nicht mehr von den Krankenkassen übernommen. 1993 haben die Krankenkassen nur noch halb so viele Abbrüche abgerechnet wie 1992. Hinter dem reaktionären Abtreibungsrecht stehen katholische Kirche und CDU/CSU.

Die Gewalt ist alltäglich

Frauenalltag 1994: Alle drei Minuten wird eine Frau vergewaltigt. In jeder fünften Ehe kommt es zur Vergewaltigung der Ehefrau durch ihren Ehemann (Institut Allensbach). Hunderttausende Frauen sind heute alkohol- und drogenabhängig. In vielen Fällen ist sexueller Mißbrauch in Kindheit und Jugend die Ursache. Noch immer wird Vergewaltigung in der Ehe nicht bestraft, noch immer wird die Porno-Industrie nicht wirksam bekämpft.

Frauen erhebt Euch – und die Welt erlebt Euch

Trotz vielem Gerede über Gleichberechtigung tun die bürgerlichen Parteien nichts in diese Richtung. Aber auch in rot oder rot-grün regierten Ländern ist die Gleichberechtigung nicht verwirklicht. Auch die PDS arbeitet auf kommunaler

Ebene munter mit der CDU zusammen.

Uns ist es nicht genug, alle 4 Jahre ein Kreuzchen zu machen. Alle Rechte, vom Wahlrecht bis zum Erziehungsurlaub, mußten von der Frauenbewegung und der Arbeiterbewegung erkämpft werden.

Frauen brauchen die Gewerkschaften. Frauen brauchen aber Gewerkschaften, die nicht nur Dampf ablassen - wie



beim Frauenstreiktag 94. Der DGB rief zwar zum Streiktag auf, aber nicht zum Streik, obwohl die Bereitschaft von einem großen Teil der Kolleginnen zu wirklichem Widerstand vorhanden war.

Frauen sind im Kapitalismus doppelt unterdrückt: als Frauen und als billige Arbeitskraft. Der Kampf um Gleichberechtigung muß mit dem Kampf um die politisch und wirtschaftliche Macht verbunden werden. Dazu müssen wir selbst aktiv werden.